

Toleranz ist das Ertragen des anderen in der Absicht, ihn besser zu verstehen.

Alexander Mitscherlich

Unterentwickeltes Entwicklungsbewußtsein

Aus dem Wahlkampf hielt man es weitgehend heraus, in das Bewußtsein der Wähler drang es selten ein – das Thema Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Alle repräsentativen Umfragen der letzten Zeit machen deutlich, daß sich die Bevölkerung in der Bundesrepublik zwar zu etwa 58 Prozent grundsätzlich zu Hilfeleistungen an die Entwicklungsländer in irgendeiner Form ausspricht, daß dieser Prozentsatz aber radikal auf ca. 11 Prozent absinkt, wenn es um die Frage größerer finanzieller Zuwendungen und entsprechender Kürzungen bei anderen Haushaltstiteln oder gar um Abstriche beim persönlichen Einkommen geht.

Sensibilisierung von Mehrheiten nötig

Die Kirchen, die von den Politikern aller Parteien immer wieder für ihre entwicklungspolitische Lobby belobigt werden – was allerdings noch lange nicht bedeutet, daß diese Politiker die kirchlichen Empfehlungen auch berücksichtigen –, können trotz aller Aktivitäten bis heute nur Teilerfolge auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit melden. So beklagten sie in ihrer Erklärung zur Welt-handelskonferenz UNCTAD III im März 1972, „daß in der Öffentlichkeit das Verständnis für die notwendige Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern und die damit verbundene Bereitschaft, Opfer zu bringen, eher abnimmt als zunimmt“. Vier Jahre später sah die Bestandsaufnahme nicht viel besser aus. Im Memorandum der Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen zur UNCTAD IV hieß es: „Eine neue Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern kann nur erfolgreich sein, wenn die notwendigen Änderungen der wirtschaftlichen Strukturen, der politischen Prioritäten und auch des persönlichen und Gruppenverhaltens von der Mehrheit der Bevölkerung in unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Gegenwärtig scheint das *allgemeine Bewußtsein* bei uns in dieser Hinsicht noch immer ‚unterentwickelt‘ zu sein. Die Entwicklungspolitik gehört nicht

zu jenen Bereichen, in denen ein entsprechendes Wahlverhalten der Bevölkerung Druck auf politische Parteien und Regierung ausüben könnte.“

Rezession und Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit und Ungewißheit über die Zukunft scheinen allen Bemühungen um mehr Verständnis für die entwicklungspolitische Problematik einen schweren Schlag versetzt zu haben. Als die Regierungspläne bezüglich der Renten ruchbar wurden, erzwang die „öffentliche Meinung“ in wenigen Tagen eine Rücknahme und damit die Einlösung von Versprechungen aus dem Wahlkampf. Als nur wenig später bekannt wurde, daß ähnliche Versprechungen an die Entwicklungsländer, die sogar noch in der Regierungserklärung ausdrücklich wiederholt worden waren, dem Rotstift zum Opfer fielen, hielt man dies anscheinend für normal, denn fast niemand rührte sich. Kaum besser läßt sich dokumentieren, wie stark bei uns Entwicklungshilfe noch als lästige Verpflichtung, als Almosen oder großzügiges Abgeben vom Überfluß – solange dieser vorhanden ist – verstanden wird.

Der *Wirklichkeitsschock* in der Ölpreiskrise und der *Wissenschock* durch Publikationen wie „Grenzen des Wachstums“ oder „Die Menschheit am Wendepunkt“ haben nach Meinung von *Ferdinand W. Menne* (Dritte Welt in der Ersten Welt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11. 9. 1976) erheblich zu den Rückschlägen bei der entwicklungspolitischen Sensibilisierung beigetragen. Er glaubt, daß auf lange Sicht nur eine Änderung des Bewußtseins zu erreichen sein wird, wenn man von einem Basis-Konsens über die „Unteilbarkeit der Entwicklung der ganzen Welt“ ausgeht und so eine allgemeine Aktivierung und Mobilisierung für die kritische Lage der gesamten Menschheit anstrebt. Die erhoffte „handlungsorientierte Betroffenheit“ wird von ihm nicht bei den bisher schon aktiven „Elite-Minderheiten“, sondern in einem „Netz von Kleingruppen, Großgruppen bzw. Teilöffentlichkeiten der Gesellschaft“ gesucht. Vielleicht läßt sich wirklich nur so die derzeitige Blockade seitens der politischen Entscheidungsträger unterlaufen, vorausgesetzt, daß *Erhard Epplers* Ansicht zutrifft, in den Industrieländern verbreite der Verlust von einer Million Wählerstim-

men mehr Schrecken als der Hungertod von einer Million Menschen in Südasien. Aber wie läßt sich statt der Minderheiten die Mehrheit überzeugen und mobilisieren? Denn schließlich ist es ja nicht so, als sei auf diesem Gebiet bisher nichts geschehen. Mit allen Mitteln hat man versucht, die Abhängigkeiten zwischen uns und den Entwicklungsländern aufzuzeigen, Verständnis zu wecken und die Dritte Welt als Herausforderung zu präsentieren. Sei es das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder die kirchlichen Hilfswerke, Stiftungen oder Privatorganisationen – sie alle werden nun schon seit Jahren nicht müde, die Thematik zu behandeln. Wenn dennoch im Endeffekt nur wenige „betroffen“ sind, dann wäre es sicherlich falsch, resigniert aufzustecken, wohl aber erforderlich, die wahren Barrieren zu suchen.

Und dabei stößt man dann auf den *komplexen Bereich der Vorurteile*, die sich trotz aller „entwicklungspolitischen Vorsorgeuntersuchungen, Schutzimpfungen und Kuren“ als resistent erweisen. Zwar ist man heute so weit, Vorurteile an sich für etwas Normales zu halten, gefährlich wird es erst, wenn weder Erziehung noch Erfahrung zu einem neuen Urteil und zu einer Revision des Vorurteils führen. Und was die Schulbücher betrifft, so muß man nach wie vor davon ausgehen, daß derzeit von ihnen kaum Impulse für eine Einstellungsänderung gegenüber den Entwicklungsländern ausgehen. Vielmehr zeigt sich, daß sie oft erheblich zur Verfestigung der Vorurteile beitragen. Nicht nur Eurozentrismus, auch Dünkel und Überheblichkeit werden in vielen Schulbüchern noch „gepflegt“. Wenn hier nicht bald Abhilfe geschaffen wird, läßt sich der angestrebte „Masseneffekt“ wohl nie erreichen.

Klischees als Alibi

Viele der bestehenden Vorurteile finden ihre scheinbare Bestätigung durch Phänomene wie *Idi Amin Dada*, durch Folter und Verletzung der Menschenrechte in vielen Ländern der Dritten Welt. Begierig greifen wir solche Exzesse auf, um unser Alibi zu festigen, um eine handfeste Entschuldigung für unsere Untätigkeit im Entwicklungssektor zu haben. Dabei vergessen wir die anderen Voraussetzungen und Maßstäbe, die Hintergründe und die Entstehung ebenso wie unsere eigene noch gar nicht so alte Geschichte. Das Klischee von den Untermenschen paßt mal wieder, und das Gewissen ist beruhigt. Daß zudem noch Fälle bekannt werden, in denen die Oberschicht der Entwicklungsländer allzu großzügig mit den Mitteln umgeht, muß in diesem Vorurteils-Klima geradezu als glückliche Fügung angesehen werden...

Auch die durch Ideologen verschiedenster Couleur getragene Debatte um den richtigen Weg einer Entwicklung, d. h. die oft verblendete Fixierung auf das eigene Vorurteil, verstärkt bei vielen den Trend, dieses Feld als Tummelplatz für Wirrköpfe zu betrachten und sich somit ungeschoren und unbeteiligt zurückzuziehen. Selbst die gutwilligen Experten scheitern oft an ihrer Unfähigkeit,

ihr Sachwissen so an den „Bürger“ zu bringen, daß er versteht, worum es eigentlich geht.

Erst wenn in diesen Einzelbereichen ein Umdenken einsetzt, läßt sich wahrscheinlich ein Teil der Vorurteile abbauen. Denn man muß wohl davon ausgehen, „daß eine Atmosphäre der Toleranz nicht durch die willentliche Entschließung jedes Einzelnen zu erzielen ist, sondern nur durch *Aufklärung* der Menschen über sich selbst und ihre Stellung im Kosmos“ (*Arno Plack*). Dies dürfte der Ausgangspunkt für Überlegungen gewesen sein, unter dem Motto „Entwicklung als internationale soziale Frage“ ein ökumenisches Schwerpunktprogramm, getragen und an die breite Öffentlichkeit vermittelt vom „Ökumenischen Arbeitskreis Kirche und Entwicklung e. V.“, systematisch vorzubereiten. Dabei will man auf zwei Ebenen vorgehen. Zum einen sollen die Interessengruppen und Verbände (Gewerkschaften, Bauern, Unternehmer, Parteien) befragt, informiert und letztlich entwicklungspolitisch sensibilisiert und herausgefordert werden, zum anderen will man versuchen, von unten her, von den Gemeinden und Gruppen, diesen ganzen Prozeß zu begleiten und durchsichtig zu machen. In einigen Landeskirchen gibt es bereits konkrete Überlegungen und Vorstellungen, dieses Anliegen im Rahmen eines Proponendums zu unterstützen. Dabei wird dann von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der Zentrale her an alle Gemeinden ein Thema zur intensiven Behandlung herunterzugeben. Die ökumenische Dimension dieses sicherlich weitreichenden Vorhabens droht derzeit allerdings daran zu scheitern, daß man in der augenblicklichen Organisationsstruktur der Kirchen keine Entsprechungen findet. Es wäre jedoch ein unentschuldigbares Versagen, wenn die *ökumenische Kooperation* im Entwicklungsbereich an der Hierarchie-Hürde scheitern würde, d. h., wenn man von der einen oder anderen Seite nicht bereit wäre, in diesem speziellen Falle, in dem es um das Niederreißen der Mauern von Vorurteilen geht, wegen der unterschiedlichen Grenzen und Strukturen von Diözesen und Landeskirchen miteinander auch an der Basis zu kooperieren.

Neuansätze sind auch von der „Ökumenischen Initiative Eine Welt“ zu erwarten, in der sich bereits viele Christen zusammengeschlossen haben, die zur Einhaltung von drei Selbstverpflichtungen (Mitverantwortung im entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich, Konsumschränkung, spürbares Abzweigen von Geld für Entwicklungsprojekte) bereit sind. Zu den Zielen dieser Initiative gehört es u. a., eine Lernbewegung in Gang zu setzen, damit die Mehrheit in unserem Volk anfängt umzudenken. Sie will „eine unüberhörbare Unruhe erzeugen, so daß (über-)lebensnotwendige Fragen nicht länger verdrängt werden“. Im Grunde gehen die jährlichen Aktionen der kirchlichen Hilfswerke mit ihrer gesamten Aufklärungsarbeit in die gleiche Richtung. Wenn es auch schwer statistisch zu erfassen ist, so darf man wohl doch davon ausgehen, daß von den Zentralthemen wie „Unser Verzicht – Hoffnung für viele“ und „Anders leben, damit andere überleben“ (Misereor 1976 und 1977) oder „Wo Hoffnung ist, bleibt nicht alles beim alten“ (Brot für die Welt 1976)

einiges „hängenbleibt“. Ob das allerdings schon ausreicht, um den Ärger über die ständig steigenden Benzin- und jetzt zu allem Unglück auch noch Kaffeepreise in Verständnis für die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und die besondere Situation der Entwicklungsländer umzuwandeln, muß bezweifelt werden. Denn noch besteht leider eine große *Diskrepanz zwischen den Verlautbarungen sowie Aktionen der Amtskirche und ihren Institutionen und der Einstellung der Masse der Christen.*

Bewußtsein erreisen?

Seit längerer Zeit schon glaubt man, die Fernreisefreude der Bundesbürger könne genutzt werden für die Sensibilisierung des Entwicklungsbewußtseins. Schließlich weiß man schon lange, daß die unmittelbare Erfahrung der beste Lehrer ist. So setzten denn die Entwicklungspolitiker in die *Ferntouristen* die große Hoffnung, diese kämen als Multiplikatoren für die Meinungsbildung zur Entwicklungspolitik zurück. Immerhin ist nicht zu übersehen, daß die Reiseintensität und die Aufwendungen für den Tourismus ständig steigen und daß z. B. 1974 bereits rund 500 000 Deutsche Ferienzele in Entwicklungsländern aufsuchten. *Waldemar B. Hasselblatt*, Leiter des Referats Industrie, Banken, Tourismus im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sieht als Ursache für diesen Boom „gestiegene physische und psychische Erholungsanfordernisse, Einflüsse der Massenmedien, bis hin zu einem echten Informations- und Bildungsbedürfnis, ferner irrationale Kräfte, wie nostalgisches Fernweh, die Sehnsucht nach unversehrten exotischen Umwelten sowie schließlich ganz banale Wünsche nach mehr Sozial-Prestige“ (Entwicklungs-Politik, Materialien Nr. 54).

Bei der inzwischen üblichen Kritik an den „uninteressierten“ und abgekapselt in ihren Feriendomizilen lebenden deutschen Ferntouristen sollte man den Aspekt der Erholung nicht übersehen, der sicherlich normalerweise im Vordergrund steht. Dekan *Paul Rieger*, der im „Studienkreis für Tourismus“ in Starnberg, einem gemeinnützigen Verein, der „wissenschaftlich und praktisch zur Lösung der Freizeit- und Urlaubsprobleme beitragen“ will, die evangelische Kirche vertritt, weist zu Recht darauf hin: „Möglicherweise ist der Urlaub der ‚Jahreszucker‘ in der Bitternis der Arbeitswelt, die letzte Frist für Freiheit. Möglicherweise meint der Urlauber, daß die Produktionswelt, der er verhaftet ist, der er dient und die ihm seine Existenz sichert, ein notwendiges Übel ist, mit dem man sich abfinden muß, wie mit Naturereignissen auch. . . Der einzelne nimmt den Urlaub als eine auf ihn selbst bezogene Möglichkeit und verwertet ihn zur Regulierung seiner alltäglichen Lebensdefizite, über deren Herkunft und Verstrickung er sich kaum Gedanken macht.“

Man sollte die Touristen also nicht mit Entwicklungshelfern oder gar „Sozialarbeitern für Deutschland“ verwechseln. Andererseits besteht die Gefahr, daß solche Reisen, wenn sie nicht von Information und Aufklärung begleitet werden, die bestehenden Vorurteile nur noch verstärken.

Da die negativen Begleiterscheinungen des Tourismus in den Entwicklungsländern ebenfalls ansteigen, wurde der Titel Tourismusförderung im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe bereits stark reduziert. Statt dessen ist man bemüht, in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Institutionen eine *bessere Vorbereitung* zu garantieren, sei es durch Schulung der Reiseleiter oder Erstellung von sog. Sympathie-Magazinen über einzelne Länder. Viele Impulse dazu sind übrigens von Tagungen kirchlicher Akademien (Bad Boll, Hamburg) ausgegangen.

Ein *Blick in die Fernreiseprospekte* jedoch zeigt, daß sich bisher effektiv nur wenig geändert hat. Da tritt man zwar unter dem anspruchsvollen – und bezeichnenden – Titel „Die Welt in guten Händen“ auf oder verspricht einen „Schutzengel-Service“ und „Ein Stück vom Paradies“, doch die Wirklichkeit der Gastländer bleibt weitgehend verborgen. Versprochen wird z. B. „das ursprüngliche Afrika: Irgendwo schreit ein Tier, der Wind weht die vielfältigsten Geräusche heran, die Phantasie schlägt Purzelbäume. Westafrika, Abenteuer im Busch, farbige Märkte und gemütliche Hotels. Der Kontakt mit den Eingeborenen klappt im Nu“. Garniert wird dieses Angebot mit barbusigen Afrikanerinnen, obwohl mittlerweile die Touristen diesen Stil für sich in Anspruch nehmen, während die Einheimischen bekleidet sind. Man erfährt, daß Mexikaner „meist stolz und lebensfroh“ sind, und bekommt den Hinweis: „Merke: Es gibt keine ‚Eingeborenen‘ oder ‚Neger‘, sondern Afrikaner und Schwarze. Es gibt keine ‚Boys‘, sondern ‚Waitors‘.“ Ein anderes Unternehmen läßt einen leibhaftigen Professor zu den meisten angebotenen Reisen Stellung nehmen. Dem ständigen Klagen darüber, daß die Touristen in First-Class-Hotels abseits der Bevölkerung leben, begegnet das gleiche Unternehmen mit einer kaum noch zu überbietenden Geschmacklosigkeit: „Sie fühlen sich um Jahrhunderte zurückversetzt, bewegen sich auf den Spuren der Kopffjäger, besichtigen Eingeborene, die in ihren Langhäusern fast unbeeinflusst von jeglicher Zivilisation leben. Auch Sie werden in einem Langhaus übernachten und Ihr Frühstück mit den Eingeborenen einnehmen. Kuching – auf Borneo. Eine Reise in eine andere Welt.“ Fürwahr: *Tourismus à la Zoobesuch!*

Partnerschaft als Ziel

Hier ist wohl kaum entwicklungspolitisches Bewußtsein als Folge der Reise zu erwarten. Dennoch gibt es eine Vielfalt von vielversprechenden Alternativen. Entwicklungspolitische Studienreisen werden heute ebenso angeboten wie internationale Begegnungen in Übersee. Dabei stehen der Kontakt mit Kultur und Geschichte und die Konfrontation mit den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen der Gegenwart im Vordergrund. Von kirchlicher Seite wurden zudem Hinweise „Wie reist der Kluge in die Dritte Welt?“ und „A Code of Ethics for Tourists“ (Christian Conference of Asia) zusammengestellt, um das Klima der Verständigung zu verbessern.

Der Abbau von Vorurteilen wird jedoch nur nachhaltig und umfassend sein können, wenn auf verschiedenen Ebenen gegen sie vorgegangen wird. Wenn wir aber die Entwicklungsländer weiterhin als *die* Sündenböcke für Unruhen, Krisen und hohe Rohstoffpreise brandmarken und sie gleichzeitig im Welthandel diskriminieren, dann müssen kirchliche Dokumente und Reden der Politiker unglaubwürdig bleiben. Solange also Vorurteile und daraus erwachsende Feindseligkeit oder gar Aggressivität

bestimmend für unsere Haltung gegenüber der Dritten Welt bleiben, können wir nicht mit einer Entspannung im immer kritischer werdenden Nord-Süd-Konflikt rechnen. Nur das Bewußtsein von der „einen Welt“ und davon, daß wir heute nur *eine* Zukunft haben, kann die Umkehr zu Toleranz, gegenseitiger Hochachtung und schließlich zu Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bewirken.

Norbert Sommer

Vorgänge

ZdK-Vollversammlung setzt politische Akzente

Die diesjährige Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 13./14. Mai, an der seit langer Zeit zum erstenmal einige ausländische Gäste – der Präsident und der Sekretär der Kanadischen Bischofskonferenz und der langjährige ehemalige Znak-Abgeordnete im polnischen Parlament, Prof. *Stanislaw Stomma* – teilnahmen, hatte kein beherrschendes Thema, wohl aber wurden einige bemerkenswerte Schwerpunkte sichtbar. Diese befanden sich einmal im Lagebericht des Präsidenten, zum anderen in den zur Beratung vorgelegten und nach nur geringfügigen Änderungen sämtlich verabschiedeten bzw. gebilligten Papieren. Es waren insgesamt drei: eine Erklärung zur bevorstehenden KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad; eine Stellungnahme zur beruflichen Bildung, die im Anschluß an das im Dezember 1976 veröffentlichte Papier über Bildungspolitik und Beschäftigungsprobleme (vgl. HK, Januar 1977, 26–31) die inhaltliche Seite der beruflichen Bildung darstellt; schließlich eine Erklärung der Kommission 3 (Bildung und Kultur) über „Geschichte und Tradition als Bedingung von Kultur“.

Eigene Akzente setzte ein Arbeitspapier der Kommission 8 (Pastorale

Grundfragen) über „Kirchendistanzierte Religiosität“, das bereits wenige Tage vorher als Nr. 30 der vom ZdK herausgegebenen „Berichte und Dokumente“ veröffentlicht worden war und das der Kommissionsvorsitzende, Prof. *Karl Forster*, der Vollversammlung erläuterte. Wenn es sich dabei auch um ein Thema handelt, das so alt ist wie die Kirche selbst, so verdient doch erwähnt zu werden, daß – jedenfalls in der Bundesrepublik – zum erstenmal ein offizielles Gremium versucht, unter wenigstens indirektem Rückgriff auch auf demoskopische Befunde das Phänomen distanzierter Kirchlichkeit aufzugreifen und erste Leitlinien für kirchliches Handeln zu entwickeln. Nicht ohne Pointe ist, daß dieser Versuch nicht aus einem der pastoralen Gremien der Bischofskonferenz und der Diözesen kommt, von wo man ihn zuallererst erwarten würde, sondern von der Pastorkommission des obersten katholischen Laiengremiums unter dem Vorsitz des ehemaligen Sekretärs der Bischofskonferenz unternommen wird.

Politik im Lagebericht des Präsidenten

Der Lagebericht des Präsidenten, zum erstenmal von dem erst im Herbst in

diese Funktion gewählten bayerischen Kultusminister, Prof. *Hans Maier*, erstatet, war betont politisch gefaßt. Er galt neben einigen markanten Hinweisen auf die laufende Grundwertediskussion vorwiegend der Auseinandersetzung mit verschiedenen Gesetzesvorhaben bzw. Gesetzeswerken der sozialliberalen Koalition, der Anwendung des neuen Abtreibungsstrafrechts ebenso wie dem Entwurf zur Reform des elterlichen Sorgerechts. Dabei sprach Maier nicht nur ethische Grundsatzprobleme an, sondern griff auch aktuelle Vorgänge der Tagespolitik, den Mord an Generalbundesanwalt Buback und die Renten- und Krankenversicherungsreform auf.

Hinsichtlich der *Grundwertediskussion* warnte Maier wie schon in früheren Äußerungen vor allem vor zwei Entwicklungen: einer ersten, die den Staat im Blick auf die Grundwerte gleichsam als bloßen Vollstrecker öffentlicher Meinung sehe; einer zweiten, die der Kirche allein die Aufgabe von Sinnvermittlung und Grundwerteerhaltung aufbürden möchte. In diesem Zusammenhang sprach Maier von einem „Spiel mit Alibis und Vorweisungen“. Dabei kritisierte er namentlich „z.B. Politiker wie Helmut Schmidt und Werner Maihofer“, die zwar durchaus bereit seien, den Kir-